

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 49

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Immer noch zuviel verlangt

-an- In Zürich haben die Anhänger des Frauenstimmrechts abermals eine Niederlage erlitten: Mit 135 500 gegen 39 000 Stimmen ging das totale Frauenstimmrecht bachab. Die Zürcher Löwin hat den Löwen umsonst beschworen, ihm gut zu sein. Die alten Standpunkte siegten so heute wie gestern, und wenn nicht eine Welle der Entmutigung durch die Reihen der Kämpferinnen... und der wenigen überzeugten Kämpfer auf der Männerseite... gehen wird, dann wird man wahrlich staunen müssen. Denn ein Rückblick auf die bisherigen Abstimmungen in der Schweiz über ähnliche Vorlagen, solche, die aufs Gänzliche gingen und andere, die nur beschränkte Ziele aufstellten, zeigt eine sehr wenig veränderte Haltung des Männervolkes.

Zürich verwarf 1920 eine erste Vorlage mit rund 88 000 gegen 21 000 Stimmen. Damals war nur jeder vierte Mann zu haben. Die Prozentzahlen stehen diesmal nur um ein wenig anders. Nimmt man die «Variante» zum Vergleich, die zweite Vorlage über das «partielle» Stimmrecht der Frau, welches ihr namentlich in Gemeindegeschäften die «Vollbürgerschaft» gebracht hätte, dann ist der Fortschritt etwas grösser. Es waren immerhin 61 000 Männer gegen 112 000, die Ja sagten. Aber auch das war «zuviel verlangt», immer noch zuviel.

Zürich entpuppte sich übrigens als einer der Kantone, die noch schwerer zu erobern sein werden als andere. Baselstadt brachte im vergangenen Jahre immerhin 12 000 gegen rund 20 000 auf, Baselland fast 4000 gegen rund 10 000, der Tessin, in welchem man mit dem mächtigen «ultramontanen» Widerstand zu rechnen hat, fast 4200 gegen 14 000. In Genf kamen sich die Lager mit 11 000 gegen 14 000 am nächsten. Das sind die Ziffern nach dem zweiten Weltkrieg, der, wie man annehmen müsste, sehr stark auf die Ansichten der heutigen Generation gewirkt haben müsste. Sah man doch die Frauen in der HD-Uniform den Männern gleichgestellt, auf einem neuen, von der Frau bisher noch nie eingenommenen Gebiete.

Vielleicht wäre es nun einmal an der Zeit, sich in Gedanken über die letzten Gründe der männlichen Gegnerschaft Rechenschaft abzuliegen und sich zu fragen, welche altgebrachten Ansichten und Vorurteile sich dermassen zäh behaupten, dass es in zwei Jahrzehnten so wenig vorwärts gegangen. Wir glauben, mit der Meinung, die Herren der Schöpfung seien eben stur, unbelehrbar, verkalkt und zur Abschreibung reif, komme man nicht weiter. Eher weiter hilft die Ansicht, es seien die Frauen, an denen es fehle. Wenn sie entschlossen wären, wenn sie das Recht von ihren Männern verlangten, würden die Verhältnisse zwischen Ja und Nein sich rasch verschieben. Diese zweite Behauptung dürfte der Wirklichkeit viel näher kommen.

Trifft dies aber zu, dann liegt der Schluss nahe: Die Mehrheit der Frauen ist auch heute noch nicht davon überzeugt, dass sie durch das Stimmrecht wesentliche Vorteile, vor al-



In feierlichem Rahmen eröffnete Dr. A. Oeri die erste Sitzung der neugewählten eidgenössischen Räte zur 33. Legislaturperiode, in die der 100. Geburtstag der Bundesversammlung fällt. Der Bundeskanzler verlas die Eidesformel, sämtliche Anwesenden erhoben sich, und die meisten der 65 neuen Ratsherren — der Rest legt das Amtsgelübde schriftlich ab — erhoben die Schwurfinger und sprachen die Formel: Ich schwöre es!

lem solche materieller Art, zu erobern vermöchte. Hier liegt der Kern des Problems.

Propaganda über alles

Immer noch stehen die Ereignisse in Frankreich auf der obersten Linie der Geschehnisse und beanspruchen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Und dies, obgleich die Londoner Deutschlandkonferenz schon mehr als eine Woche tagt und sich als das erweist, was der britische Aussenminister Bevin von ihr sagte: Als die bedeutsamste Konferenz der Weltgeschichte. Ueberlegt man überdies, was die in der UNO gefallene Entscheidung über Palästina für Folgen haben kann, dann wäre eigentlich Frankreich nicht so wichtig. Dennoch ist es ein Brennpunkt der tatsächlichen, nicht nur der theoretischen Entscheidungen. Das mag aber just der Grund sein, warum man nicht in erster Linie nach London oder nach Lake Success, sondern nach Paris schaut.

Ueber das letzte Wochenende wurde in der französischen Kammer über ein Republik-Schutzgesetz beraten, ein Notgesetz, welches die Regierung mit beschleunigter Eile eingebracht hatte und durchzusetzen entschlossen war. Die Regierung soll das Recht haben, einem offenbar politisch aufgezogenen oder zum mindesten politisch ausgewerteten Streik den Hals umzudrehen. Mobilisierung, schwere Strafen gegen «Verhinderung Arbeitswilliger», das ist der Kern dieser Vorlage. Die vorgesehenen riesigen Bussen gegen Leute, die Arbeitswillige von der Ausübung ihres Willens mit Drohung oder Gewalt abhalten, sollen die Handhaben abgeben, woran man Gewerk-

schaftsleitungen fassen kann. Der Nachweis, dass sie ihre Organisationen gezwungen, in den Streik einzutreten, dürfte in gewissen Fällen leicht erbracht werden. Sollte aber dennoch ein landesgefährlicher Streik nicht gestoppt werden können, bleibt das einfache Mittel der militärischen Durchführung notwendiger Arbeiten übrig, und mobilisierte Arbeiter haben kein Streikrecht... nach alter Uebung.

Die Regierung Schuman will natürlich nicht alles auf die eine Karte der Gewaltanwendung setzen. Vorgängig versucht sie, durch Verhandlungen zu einem Ziel zu kommen. Von sozialistischer Gewerkschaftsseite her empfiehlt man etwas, das in ähnlichen Notzeiten nach dem ersten Weltkrieg anderswo versucht wurde: Die Existenzminima wären nicht mehr in festen, sondern in gleitenden Zahlen anzusetzen, dermassen, dass jeder Preisanstieg in lebenswichtigen Produkten sofort eine entsprechende Erhöhung der untersten Löhne zur Folge hätte. Die Erfahrungen, die man in Oesterreich und anderswo nach 1918 machte, waren nicht ermutigend. Denn damit war der Wettlauf Preis-Lohn gewissermassen legalisiert und musste weiterdauern, bis die Preise zu klettern aufhörten. Der schwache Punkt ist übrigens, dass nur die untersten Lohnkategorien automatisch gesichert sind, während die oberen eine nach der andern aufs unterste Niveau rutschen. An die Garantierung höherer Reallöhne aber wagt niemand zu denken.

Schumans Vorgehen findet so lange die Mithilfe der Sozialisten und des MRP., als er diese doppelte Lösung probiert: Schutzgesetz einerseits, um die Kommunisten an die Wand

zu drücken. Entgegenkommen und Verhandeln andererseits, um die versöhnlichen Verbände von den Extremisten zu trennen. Man kann wohl sagen, dass *anfangs dieser Woche alles auf des Messers Schneide* stand. Dauerten die Streiks fort, gesellte sich zum Generalstreik der Grubenarbeiter auch jener des Verkehrspersonals und der Staatsbeamten, griff die Bewegung auf die Industrien über, oder wurden sie indirekt lahmgelegt, dann musste sich *im Parlament die Staatskrise bis zum Fieberpunkt* steigern. Das bedeutet, dass Schuman nun noch auf das Schutzgesetz abstellen konnte. Dass die Sozialisten vor die Frage gestellt wurden, ob sie der Regierung die Gefolgschaft aufsagen müssten, um nicht den letzten Einfluss auf die Verbände einzubüssen... oder... ob sie versuchen würden, diesen Verbänden den Ernst der Lage eben dadurch zu demonstrieren, dass sie mit Schuman gingen. Ein Argument haben sie immer für sich: Wenn sie den Ministerpräsidenten im Stich lassen, ist er automatisch auf die Gnade der Gaullisten angewiesen.

Die Kommunisten agitierten im *Parlament mit wilden Tumulten* gegen die Vorlage Schumans, und in ihren Pariser Haupt-Zeitungen, der «Humanité» und «Ce Coir», wurden die im Parlament erhobenen Vorwürfe wiederholt und der Regierung Verfassungsbruch vorgeworfen. Dass der Premier mit Bismarck und Napoleon III. verglichen wurde, dass man ihn öffentlich als Bluthund beschimpfte, kennzeichnet die Lage. *Die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftsminderheit unter dem Sozialisten Jouhaux und dem Arbeitsminister* schien alles auf die Karte des Notgesetzes «über die Arbeitsfreiheit» zu schieben. Um den ernststen Willen der Regierung zu dokumentieren, verfügte sie die Beschneidung der beiden kommunistischen Hauptzeitungen... nur einer Nummer vorderhand.



Der britische Millionär und Vorkriegsfascistenführer, Sir Oswald Mosley, hat erklärt, er werde in die Politik zurückkehren und eine neue Bewegung namens «Union Movement» gründen. Die neue «Partei» wird die Tätigkeit der bestehenden fascistischen Gruppen in keiner Weise beeinträchtigen und ihr Programm ist kurz und bündig umschrieben: Antikommunismus und Antisemitismus! (ATP.)

Ein Konflikt mit den Russen

weist hin auf den Zusammenhang der französischen mit der internationalen Lage. Die Pariser Regierung hatte eine *Anzahl russischer Staatsangehöriger*, fast alle Funktionäre in einer bestimmten Organisation der Sowjetrussen, *ausgewiesen*. Daraufhin verlangte Moskau, von Frankreich über die Gründe dieser Ausweisung aufgeklärt zu werden. Die Antwort des Aussenministeriums in Paris dürfte klassisch sein: Man habe in *Ausübung der eigenen staatlichen Souveränität gehandelt*. Es sei nicht üblich, dass man einem andern Staate darüber Rechenschaft gebe, ob es sich nun um Gewährung oder Entzug der Niederlassung für einen seiner Bürger handle. Mit andern Worten: Es ist in Ordnung, und es hat niemand zu fragen. Wer gut hören will, kann aus dem Hinweis auf die Souveränität des französischen Staates so etwas wie die Erklärung heraushören, dass sich Paris jede Antastung seiner Unabhängigkeit zum vornherein verbitte. Für de Gaulle, der hinter den Kulissen als Mächtigster zuhört, kann diese Betonung der Ehre und Würde Frankreichs nur ein Grund zum Vergnügen sein.

Natürlich hört noch ein anderer zu, und das ist *Molotow, der in London den Konzilanten gespielt und der Abänderung der Traktanden-Liste im Sinne der Westmächte* zustimmte, wodurch er den Anschein einer politischen Atmosphären-Aufhellung erzielte. An und für sich war dies belanglos. Aber es wurde daraus automatisch ein propagandistischer Faktor. Genau wie es die Ereignisse in Frankreich, ob sie nun so oder so ausgehen, sind. Man kann feststellen, dass Moskau jedes Forum für seine Demonstrationen recht ist. Der Welt muss gezeigt werden, *welche Friedensbereitschaft die Russen an den Tag legen*, und wie sich die Staatsmänner in *Washington, London und Paris mit jedem Tag mehr als Fascisten entpuppen*. Ein augenblickliches Zurückweichen bei Konferenzbeginn tat diesen Dienst... denselben Dienst tut das Arbeitsgesetz Schumans, und noch mehr wird es eine Verschärfung seiner Massnahmen gegen die Gewerkschaften tun. Die freundliche Geste in London hatte also ihren Sinn, ob die Gewerkschaften nun jetzt und nicht erst später unterliegen.

Wer noch nicht begriffen haben sollte, was Molotow bezweckt, der muss überlegen, warum er *mit aller Vehemenz die Aufstellung einer deutschen Zentralregierung verlangt, ohne vorher die Bereinigung der deutschen Reichsgrenzen beraten zu wollen*. Die Deutschen gehen in ihren Ansichten über Zentralismus und Föderalismus zwar zweifellos weit auseinander, aber immer noch würden sie in der *Mehrheit für Berlin als Hauptstadt und für eine starke Zentralregierung* stimmen. Moskau weiss das. Indem es sich dafür einsetzt, wirbt es um die Sympathie der deutschen Mehrheit. Und hofft, diese Sympathien auch für die *SED, die kommunistische Einheitspartei*, einhandeln zu können. Das letzte Ziel dieser Forderung lautet: *Deutschland als einheitliche Macht soll Russlands Verbündeter werden*. Doch davon wird nicht gesprochen. Nur davon, dass es die Russen seien, die als einzige Macht uneingeschränkt für die «deutsche Freiheit» einstünden. Es ist dies das Pendant zur Propaganda in Frankreich... und in Italien, wo den Völkern die Kommuni-

sten als einzig übrig gebliebene Verteidiger der Verfassung mit ihren garantierten Rechten: Pressefreiheit und Organisationsfreiheit voran, vorgestellt werden.

Die Teilung Palästinas,

die von der Generalversammlung der UNO mit 33 gegen 13 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, beschlossen wurde, sieht auf den ersten Blick gar nicht darnach aus, als ob sich darin ebenfalls «russische Propaganda» verberge. Und doch muss man sich fragen, warum Moskau es für gut befunden habe, mit seinen Sekundanten die gleiche Haltung wie die USA. einzunehmen. Jugoslawien steht abseits, war übrigens schon in der «Politischen Kommission» neben England und Frankreich unter den Staaten, die sich der Stimme enthielten. Doch scheint dies nur als taktisches Manöver gedacht zu sein. Gewissermassen, wie im berühmten Rätsel, «damit man nichts merke».

Die *arabischen Delegierten* warnten die UNO-Delegierten vor den zahlreichen russischen Agenten und Agitatoren, welche sich in den Händen des Schwarzen Meeres unter die Juden mischten, die heute aus der Sowjet-Union nach Palästina auswandern wollen. Man hat diese Ankündigung nicht zu schwer genommen. Die *600 000 jüdischen Siedler* im Tale *Jesreel*, in der *Saron-Ebene* und im *Jordangebiet*, deren Kolonien nun zu einem politischen Gebilde mit wahrhaft unmöglichen geographischen Grenzen zusammengefasst werden sollen, sind zwar in der übergrossen Mehrheit links gerichtete Leute, neigen aber zum allerkleinsten Teil zum Kommunismus. Auch die Produktionsgenossenschaften, die nicht einmal eine Gewinnteilung kennen und ihren Mitgliedern keine «privaten Löhne» bezahlen, weisen den Vergleich mit den russischen Kolchosbauern weit von sich. Also, sagen sich die Engländer und Amerikaner, werden russische Agenten hier ins Leere stossen.

Aber vielleicht denken die Moskauer gar nicht daran, die palästinensischen Juden zu revolutionieren. Sie haben sich, wie es den Anschein macht, dafür entschieden, auf weitere Sicht zu planen. Der «arabisch-jüdische Krieg», der nur vertagt worden, weil sich die Juden gegen die Engländer erhoben hatten, muss in ein neues Stadium treten, sobald die Engländer einmal das Land verlassen haben. Und da die britische Politik heute darauf ausgeht, im Bunde mit Franzosen und Belgiern, vor allem *den afrikanischen Kontinent zu halten*, seine grossen Ost-West-Linien zu organisieren und *die arabischen Staaten nur noch als nordöstliche Flankendeckung zu gewinnen*, scheint es notwendig zu sein, die jüdische Zelle am Rande des Arabertums im Auge zu behalten. Wer weiss, den Amerikanern, die heute von den Arabern als die wahren Urheber des «jüdischen Geschwürs» im vordern Asien angesehen werden, erwachsen in der nahen Zukunft sehr unerwünschte Schwierigkeiten wegen der alten, hochwichtigen Petrolfragen. Die Araber können die Oelquellen garantieren oder bedrohen, je nachdem. Zeigt sich nun Amerika «um des Petrols willen», den Arabern gegenüber schwach, gewährt es den Juden nicht «Schutz im vollen Umfange», sind am Ende die Russen, die ja von den Oelvorräten ausgeschlossen bleiben, imstande, den Juden Hilfe in jedem gewünschten Umfange zu versprechen.

Unruhiges Frankreich



Obschon die internationalen Züge in Paris abgefertigt werden, sehen die mit Polizisten bewachten Bahnhöfe dennoch öde und verlassen aus



Am Samstag und Sonntag fasste die französische Nationalversammlung weittragende Regierungsbeschlüsse zum Schutze der Arbeitsfreiheit und zum Schutze der Republik. Unser Bild zeigt den neuen Ratspräsidenten Schuman beim Verlassen des Elysées, als am Samstagabend die französische Hauptstadt von einem Schneesturm heimgesucht wurde



Berliner Kinder kommen. Über Basel, wo die Grenze überschritten wurde, sind 500 Kinder aus der zerstörten Reichshauptstadt in Zürich eingetroffen, von wo aus sie an ihre Pflegeorte in der Stadt und in der Ostschweiz verteilt werden. Es handelt sich um den dritten Kinderzug aus Berlin, der die Schweiz erreicht, wo die recht schlecht aussehenden Kleinen einen dreimonatigen Ferienaufenthalt genießen. Seine Abfahrt gestaltete sich besonders feierlich; hatten sich doch die Vertreter aller Besatzungsbehörden eingefunden und die Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Schröder, stattete der Schweiz persönlich ihren Dank ab. (ATP.)



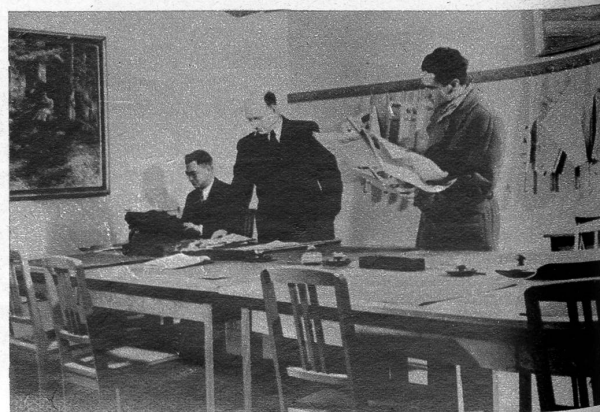
Frankreich stand am Montagabend nach wie vor im Zeichen der Streiks und Unruhen, und nichts deutete darauf hin, dass es zwischen Regierung und Gewerkschaften zu einer allseitig befriedigenden Einigung kommen könnte. In Lyon drangen die Streikenden zur Präfektur vor, wo die Masse nur mit Hilfe von Tränengas zurückgeworfen werden konnte



EIN HEIM DER AUSLANDSPRESSE IN BERN

Oben: An der Schauplatzgasse in Bern, im zweiten Stock des Restaurants «de la Paix», wurde das «Foyer de la Presse étrangère» eröffnet. Seine behaglich eingerichteten Räume sollen einer aufmerksameren und planvolleren Betreuung der in der Schweiz tätigen Auslandskorrespondenten dienen. Eine Handbibliothek soll die Pressevertreter über alle interessierenden Fragen der Schweiz beraten. —

Rechts: Das Arbeitszimmer, in welchem den Journalisten Schreibmaterial, Maschinen und sämtliche schweizerischen Zeitungen zur Verfügung stehen (Photopress)

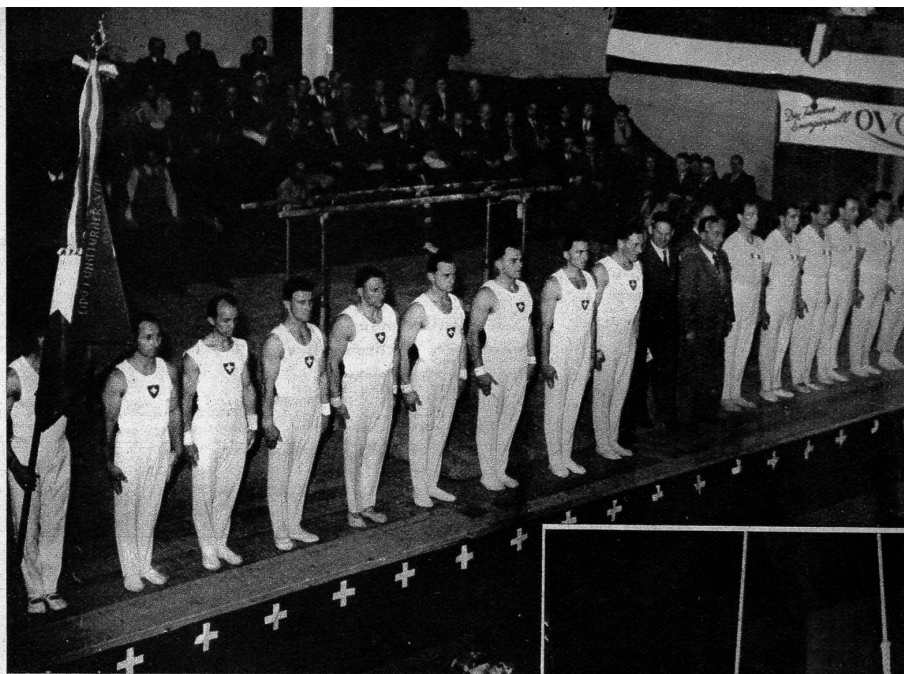




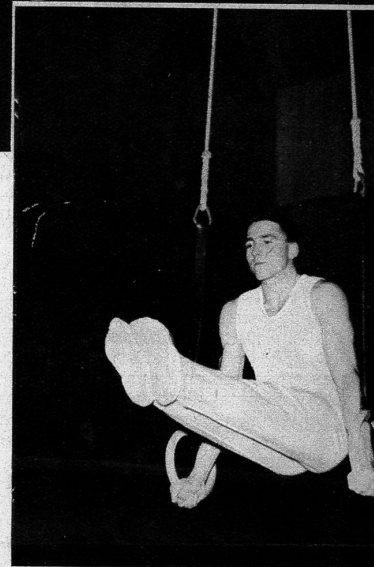
Die Stadt Brig hat einstimmig den 1944 zurückgetretenen Oberstbrigadier Hans Bühler, Frutigen, «in Anerkennung seiner Verteidigung der Landesgrenze im Kanton Wallis während des Weltkrieges und seiner Verbundenheit zum Kanton Wallis» zu ihrem Ehrenbürger ernannt



Der neue Waffenchef der Leichten Truppen. Als Nachfolger des zurückgetretenen und seither verstorbenen Oberstdivisionärs Jordi hat der Bundesrat Oberst Pierre de Muralt zum Waffenchef der Leichten Truppen unter gleichzeitiger Beförderung zum Oberstdivisionär ernannt. Oberstdivisionär Pierre de Muralt ist 1896 geboren und Bürger von Châtelard und Zürich



Der Turner-Länderkampf Schweiz : Italien in Genf. Im ersten Nachkriegs-Turnerländerkampf Schweiz : Italien in Genf kam die Schweizer Mannschaft zu einem klaren Punktesieg mit 234,35 : 223,875. — Unser Bild zeigt die beiden Nationalmannschaften bei der Begrüssung. Links die Schweizer. V. l. n. r.: Mannschaftskapitän Mack (Basel), mit Fahne, Reusch, Bach, Kipfer, Frei, Lehmann Fritz, Lehmann Walter, Stalder (der die höchste Punktzahl aller Wettkampfteilnehmer zu verzeichnen hatte) und Schürmann (Photopress)



Rechts: Abschluss der Vorrunde der Schweiz. Geräte-meisterschaft 1947/48. Nach Abschluss der Vorrunde der Schweizerischen Geräte-meisterschaft 1947/48, aus der bereits im Februar der neue Meister erkürt wird, steht der Luzerner Josef Stalder mit 39,60 Punkten klar an der Spitze vor Walter Bach und Leo Schürmann mit 39,20 Punkten



Joanovici spielt Katz' und Maus mit der Polizei. Der seit Wochen von der Polizei zweier Kontinente gesuchte frühere Lumpenhändler und spätere Millionär Josef Joanovici, der sein Riesenvermögen in Zusammenarbeit mit den Deutschen erworben hat und deshalb von den Franzosen eifrig gesucht wird, hat seinen Verfolgern ein gerissenes Schnippchen geschlagen. Er befand sich in der amerikanischen Zone Deutschlands, versprach, sich zu stellen, worauf die Polizei bekanntgab, er sei verhaftet. Joanovici, ein Lumpen sammelnder Lump, aber erschien nicht zum Rendez-vous!



Die Wiener Eisrevue auf einer Schweizer Tournee. Wie vielseitig und reich an Farben, Musik, Kunst und Schönheit ein Eisballett sein kann, demonstriert einmal mehr die berühmte Wiener Eisrevue, die in Lausanne ihre vielversprechende Schweizer Tournee startete. Reizende Biedermeierli bewegen sich grazios zum Takte der Musik auf der spiegelnden, glatten Fläche — und gleich darauf ist es eine moderne Tanznummer, die den Kontrast zwischen «alter» und «neuer» Zeit in vollendeter Art zeigt. Das Ballett wird am Donnerstagabend auf der Ka-We-De in Bern auftreten

Cantonal schlägt FC. Zürich 4:1. Im sonntäglichen Meisterschaftspunktekampf zwischen Cantonal Neuenburg und dem Zürcher Stadtklub in Zürich erfochten die Neuenburger einen vielbeachteten 4:1-Sieg, bleiben aber trotzdem vorderhand am Schlusse der Rangliste. Unser Bild zeigt die Internationalen Zanetti (FC. Zürich), links, und Giger (Cantonal) im Kampf um das runde Leder (Photopress)



Biel und Servette, die beide aussichtsreiche Positionen in der Spitzengruppe der Nationalliga A einnehmen, trennten sich in Biel mit einer redlichen Punkteteilung, nachdem die Einheimischen bis zur Pause mit 2:0 Toren im Vorsprung lagen. Unser Bild zeigt den Torhüter der Servettiens, Rüesch, der in mächtigem Sprung einen hohen Ball mit der linken Hand bravourös herunterholt (ATP.)

